

Rita Schäfer

Feministische Außenpolitik Zwischen visionären Perspektiven, Parteiengerangel und Praxistests in Deutschland (Debatte)

Am 1. März 2023 stellte Außenministerin Annalena Baerbock Leitlinien des *Auswärtigen Amtes* (AA) zur feministischen Außenpolitik vor. Dieser Debattenbeitrag fokussiert auf deren inhaltliche Schwerpunkte und erläutert parteipolitische Kontroversen über feministische außenpolitische Forderungen unter früheren Regierungen. Ein zeitlicher Längsschnitt der Auseinandersetzungen zwischen demokratischen Parteien im Bundestag veranschaulicht parlamentarische Prozedere, die von der Fachwelt und der medialen Öffentlichkeit bislang kaum wahrgenommen wurden. Auch Einschätzungen aus der Zivilgesellschaft kommen im Folgenden zur Sprache, sie monieren vor allem die mangelnde Beachtung pazifistischer Ziele und die defizitäre Unterstützung von Frauen-/Menschenrechtsaktivist*innen in repressiven Regimen.

Am Beispiel der revolutionären Frauenproteste im Iran und der Iranpolitik der deutschen Bundesregierung(en) konkretisiert dieser Text Fallstricke feministischer Außenpolitik. Iran ist dafür als Testfall geeignet, weil sich das AA gezielt und mehrfach mit entsprechenden Bezugnahmen dazu geäußert hat. Zudem kann hier exemplarisch gezeigt werden, ob Außen- und Innenpolitik kohärent sind, was sie laut Bundesregierung sein sollten. Hinzu kommt die Problematik des deutschen Asylrechts für verfolgte Frauen-Menschenrechtsverteidiger*innen, dessen Relevanz in den neuen Leitlinien des AA komplett ausgespart wird.

In den folgenden Überlegungen geht es also nicht um eine Momentaufnahme der medial viel diskutierten Neuerungen unter dem Stichwort feministische Außenpolitik. Deshalb werden auch keine Beurteilungen aus Meinungsbeiträgen zum Ukrainekrieg wiederholt. Gleiches betrifft Reflexionen über die mögliche konzeptionelle Ausrichtung ministerieller Pläne des AA zur feministischen Außenpolitik durch Vergleiche mit anderen Ländern,

die deutsche Think Tanks bereits veröffentlicht haben (Zilla 2022; Assad & Tausendfreund 2022; Brunke u. a. 2022).

Leitlinien unter der Lupe

Die Leitlinien des Auswärtigen Amtes „Feministische Außenpolitik gestalten“ umfassen sowohl das außenpolitische Handeln als auch die Arbeitsweise in diesem Ressort, konkret die Personalauswahl und -entwicklung. Konzeptionell verfolgen sie laut eigener Einschätzung einen intersektionalen und transformativen Ansatz zur Gleichstellung der Geschlechter, zudem soll innenpolitisches Gender-Mainstreaming außenpolitisch ausgebaut werden. *Gender budgeting* und der Förderung von Diversität wird strukturverändernde Bedeutung beigemessen. Gleichberechtigte gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Teilhabe soll als Kompass in bi- und multilateralen Beziehungen gelten. Ein breites Handlungsspektrum von Friedens- bzw. Sicherheits-, Wirtschafts- und Klimapolitik bis hin zu auswärtiger Kulturpolitik und humanitärer Hilfe soll mit Bezugnahme auf feministische Ziele bearbeitet werden, konkret geht es um Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen und Marginalisierten. Strategisch verstehen sich die Leitlinien als offenes Arbeitsdokument, sie rufen zu Ideen für Veränderungen, Kritik und Korrektur auf (AA 2023). Daran knüpfen die folgenden Darlegungen an.

Geschlechtergerechtigkeit und menschliche Sicherheit sollen im Rahmen einer wertegeleiteten Außenpolitik verbunden werden. Zentralen Stellenwert hat die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ (WPS-Agenda) zur Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325; sie gilt als Fundament für Sicherheitskooperationen im Rahmen der NATO, der OSZE und auf europäischer Ebene. Zudem soll sie Priorität bei der Bewerbung Deutschlands um einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat 2027/28 haben. Mit dem Fokus auf Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird Rüstungskontrolle erwähnt, einmal wird Abrüstung genannt. Friedenspolitisch auffällig ist die Trennlinie, die zum Pazifismus gezogen wird (AA 2023: 13).

Gleichzeitig heben die Leitlinien unter Bezug auf den 3. nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 die Förderung von Friedensstifterinnen und Mediatorinnen in Krisengebieten hervor. Hier wird die Transformation Friedensaktivistinnen aufgeschulert, auch Interessenvertreter*innen sexueller Minderheiten werden genannt. Sie gelten als eine Opfergruppe, die besonders von sexualisierter Kriegsgewalt betroffen sei. Dennoch bleibt die Überwindung martialischer Männlichkeit durch den systematischen Abbau von Militarismus unbeachtet, wenngleich die